



ISMAIL TIPI MdL



Eines der abscheulichsten Verbrechen ist sexuelle Gewalt gegenüber Kindern und Frauen. Die Politik und die Gesellschaft sind gefordert hinzusehen, zu handeln und zu helfen. Bei diesem Thema dürfen wir nicht wegschauen, denn jede Gewalttat gegen Kinder und Frauen ist eine Gewalttat gegen unsere Grundwerte.

Daher freut es mich, dass die Bundesjustizministerin ein Reformpaket zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder vorgestellt hat, womit härtere Strafen und eine effektivere Strafverfolgung einhergehen sollen. Gleichzeitig sind aber auch wir als zivilisierte Gesellschaft gefordert. Wir müssen Zivilcourage zeigen und bei einem Verdacht einschreiten oder die Polizei verständigen, damit sexuelle Gewalt gestoppt wird und zwar schon bevor sie passiert.

Liebe Freunde,

in Dietzenbach kam es vor kurzem zu einem schlimmen Vorfall. Polizei und Feuerwehr wurden zu einem Brand gerufen, der sich jedoch als Hinterhalt entpuppte. Bei ihrem Eintreffen wurden die Rettungskräfte mit Steinen und Molotow-Cocktails beworfen. Gott sei Dank wurde dabei niemand verletzt.

Diese Form der Respektlosigkeit gegenüber der Polizei und den Hilfskräften ist schockierend. Aber sie ist kein lokales Problem, das haben wiederum die Ausschreitungen in Stuttgart deutlich gemacht. Was dort aber auch hier in Dietzenbach geschehen ist, ist eine Schande.

Ich verurteile diese feigen Anschläge und dieses menschenunwürdige Verhalten gegenüber denjenigen, die für unsere Sicherheit sorgen. Wer Polizei und Rettungsmannschaften angreift, greift damit auch die gesamte Gesellschaft und unsere Demokratie an und tritt sie mit Füßen.

Das passt nicht zu Deutschland, nicht zu Hessen und auch nicht zu Dietzenbach.

Die Geringschätzung von Rechtsstaat und der staatlichen Gewalt sowie ihrer Vertreter bei der Polizei ist brandgefährlich für unser Land. Wozu dieser Verlust an Werten und Tugenden führen kann, haben diese Ereignisse deutlich gemacht. Unser Rechtsstaat muss jetzt Härte zeigen und die Täter schnellstens ermitteln und rechtsstaatlich verurteilen – ohne Wenn und Aber.

Aber auch die Gesellschaft ist gefordert, sich hinter die Einsatzkräfte zu stellen, denn sie sind es, die Tag und Nacht bereit stehen, um uns zu helfen. Ihnen sollte daher unser aller Respekt und Dank gelten.

Ihr

Ismail Tipi



Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne stelle ich Ihnen heute die letzte Ausgabe „Aktuelles aus dem Landtag“ vor den Sommerferien vor. Zwei lange und intensive Plenarwochen mit wichtigen und zukunftsstragenden Entscheidungen liegen hinter uns. Insbesondere der Beschluss und die Umsetzung des 12 Mrd. schweren Hilfspaketes zur Bewältigung der Corona-Krise ist ein wichtiger Meilenstein im Kampf gegen die Auswirkungen des Virus und ein starkes Zeichen für unsere Handlungsfähigkeit. Gerade jetzt, in diesen außergewöhnlichen Zeiten müssen wir gewährleisten, was die Menschen am meisten brauchen: planbare und verlässliche Hilfen.

Die Hessinnen und Hessen haben einen Anspruch darauf, dass die Landesregierung sie bestmöglich durch die Krise führt. Diesem Anspruch wollen wir mit dem außergewöhnlichen Schritt eines Sondervermögens von bis zu 12 Mrd. Euro gerecht werden. Durch das Sondervermögen

helfen wir nicht nur mit weiterem Geld für Gesundheitsschutz, den Erhalt von Arbeitsplätzen sowie für unsere soziale und kulturelle Infrastruktur. Wir nutzen auch Chancen, die in der Krise liegen, modernisieren unser Land und investieren etwa in Digitalisierung und Klimaschutz. Bürger, Unternehmen, Arbeitnehmer, Vereine, Kommunen sowie alle gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen sollen wissen, dass wir sie im Blick haben und hart daran arbeiten, Ihnen für die kommenden Jahre Sicherheit zu geben.

In einem ausführlichen Beitrag beschäftigen wir uns mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zum Mordfall Dr. Walter Lübcke. Der Tod unseres Freundes Walter Lübcke schmerzt nach wie vor sehr und lässt uns alle und insbesondere die CDU-Familie weiterhin fassungslos zurück. Polizei, Justiz und Ermittlungsbehörden haben in den vergangenen 12 Monaten akribisch und mit vollem Einsatz daran gearbeitet, dass dieses abscheuliche Verbrechen aufgearbeitet wird und dass die Täter ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Mit dem am 16. Juni begonnenen Prozess vor dem Oberlandesgericht Frankfurt ist nun ein wichtiger Schritt getan, um die mutmaßlichen Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Parallel zu diesem Prozessbeginn wurde in der vergangenen Woche ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, um Hintergründe und begleitende Umstände zu beleuchten und zu untersuchen. Wir haben diesem Ausschuss zugestimmt, nicht weil es unser Wille war, sondern weil wir es als unsere Pflicht und Verantwortung empfunden

haben. Es geht um den Mord an unserem Freund, einem von uns, einem Teil der CDU-Familie. Umso deutlicher möchte ich unterstreichen: Niemand hat ein größeres Interesse an der Aufklärung der Tat und der Hintergründe als wir. Wir werden es daher als unsere Aufgabe begreifen nicht nur aufzuklären, sondern vor allem auch die Familie Lübcke zu schützen und ihr in dieser schweren Zeit zur Seite zu stehen. Denn gerade für sie beginnt mit dem Prozess und den ständigen Anlässen zu neuen Berichterstattungen wiederum eine Zeit, die keiner von uns jemals nachempfinden kann und möchte. Aber sie alle wissen, die CDU-Familie ist auch in diesen harten Stunden für sie da.

Abschließend geben wir in dieser Ausgabe Informationen zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes und ein klares Bekenntnis der Wertschätzung für die Arbeit unserer Polizei und Einsatzkräfte. Gerade im Zuge der Ausschreitungen in Stuttgart und den latenten Rassismuskorruptionen und Unterstellungen aus linken Teilen von Gesellschaft und Politik verdienen sie unser aller Rückhalt und Dank für ihre tägliche Arbeit.

Eine interessante Lektüre und vor allem schöne und erholsame Sommertage wünscht Ihnen

Holger Bellino

Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

EINSETZUNG UNTER MORDFALL DR. WALTER LÜBCKE

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende

Der schreckliche Mord an unserem CDU-Parteifreund und Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke hat Hessen erschüttert. Die Tat am 2. Juni 2019 ist zweifellos eine tiefe Zäsur für jeden, der Walter Lübcke kannte. Darüber hinaus ist sie ein tiefer Einschnitt für unser demokratisches Gemeinwesen und für unser gesamtes Land. Erstmals seit den niederträchtigen Morden der RAF ist ein Repräsentant unseres Staates und unserer freiheitlichen Demokratie offenbar gezielt und aus niederträchtigen Motiven zum Opfer rechtsextremistischer Gewalt geworden.

Immer noch fragen sich viele und fragen auch wir uns, wie konnte es dazu kommen. Wie ist es möglich, dass in diesem freien, demokratischen Land ein Politiker mutmaßlich wegen seiner Äußerungen, seiner Ansichten Opfer eines feigen Mordes werden konnte. Dr. Walter Lübcke war ein lebensbejahender Mensch, ein Brückenbauer, der die Interessen der Bürger in Nord- und Osthessen und weit darüber hinaus mit großer Empathie vertreten hat. Er war zehn Jahre lang Mitglied unserer Fraktion im Hessischen Landtag, ein beherzter Christdemokrat und demokratischer



Vorkämpfer, der für seine Grundsätze und Werte eingetreten ist und als Kasseler Regierungspräsident humanitäre Größe in schwierigen Zeiten bewiesen hat. Umso unverständlicher ist es, dass es genau diese vorbildlichen Tugenden waren, die ihm menschenverachtende Anfeindungen und puren Hass entgegenbrachten. Er wurde zum Feindbild von Rechtsradikalen, aus deren Reihen er hinterrücks und kaltblütig ermordet wurde. Unsere Betroffenheit geht bis ins Mark, auch weil es nach wie vor unbegreifbar ist, was an jenem 2. Juni geschah.

Der Prozessaufakt vor dem Oberlandesgericht Frankfurt ist nun ein sehr wichtiger Schritt, die fürchterliche Tat und ihre Hintergründe aufzuklären. Unsere Gedanken sind dabei einmal mehr bei der Familie von Walter Lübcke, die in dem Prozess als Nebenkläger auftritt. Für sie beginnt wiederum eine schwere Zeit, aber sie alle wissen, die CDU-Familie ist auch in diesen harten Stunden weiter fest an ihrer Seite.

Parallel zu dem Prozessbeginn wurde ein Untersuchungsausschuss im Landtag eingesetzt, um Hintergründe und begleitende Umstände zu beleuchten und zu untersuchen. Ein Ausschuss, den es aus unserer Sicht nicht gebraucht hätte, dient er doch - wie die Verlautbarungen der Opposition in diesen Tagen zeigen - eher der parteipolitischen

Profilierung als der eigentlichen Aufklärung. Parteipolitische Interessen haben jedoch angesichts der Tat in den Hintergrund zu treten. Unser Innenminister Peter Beuth hat in den vergangenen zwölf Monaten in praktisch jeder Sitzung des Innenausschusses Stellung genommen und den Ausschuss ausführlich unterrichtet. Ebenso haben die Ermittlungsbehörden von Polizei und Justiz alles dafür getan, die Tat schnellstmöglich aufzuklären und die Anklage der Bundesanwaltschaft vorzubereiten. Ihnen gebührt dafür unser tief empfundener Dank.

Insofern bestand aus Sicht der CDU-Fraktion keine Not, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Und dennoch haben wir dem Antrag zugestimmt. Nicht, weil es unser Wunsch war, sondern weil wir es als unsere Pflicht empfunden haben. Es geht um Mord, um das abscheuliche Verbrechen an unserem Freund Dr. Walter Lübcke.

Mit der Zustimmung machen wir zudem deutlich, dass unser Hessischer Innenminister im Innenausschuss des Landtags bereits alles, was nun an Dokumenten gefordert wird, bereits auf den Tisch gelegt hat. Wir werden es daher als unsere Aufgabe begreifen nicht nur aufzuklären, sondern auch und insbesondere die Familie des Opfers zu schützen. Die Familie Lübcke hat unermessliches Leid erfahren und die ständigen Anlässe zu neuen

Berichterstattungen, der Prozess und viele andere Umstände führen dazu, dass der nicht enden wollende Schmerz immer wieder neu entflammt. Als CDU-Fraktion, die Fraktion von Walter Lübcke wollen und werden wir daher nicht zulassen, dass die Familie vor den Ausschuss zitiert wird. Bei allem politischen Diskurs, der in der nun anstehenden parlamentarischen Befassung mit diesem Mord sicherlich noch geführt werden wird, sollte es die gemeinsame Auffassung und Konsens aller Parlamentarier sein, Rücksicht zu nehmen auf die Menschen, die von den Geschehnissen des 2. Juni 2019 härter getroffen wurden als jeder andere.

Abschließend möchte ich überdies einen Punkt noch unmissverständlich deutlich machen: Die Zustimmung der CDU zu diesem Antrag, den auch die Linke mit eingereicht hat, ändert nichts an unserer glasklaren Haltung, an unserer Abgrenzung nach links und rechts außen. Wir werden es in keiner Weise zulassen, dass die Linke den Mord an Dr. Walter Lübcke instrumentalisiert. Unsere Zustimmung erfolgte aus Verantwortung, aus der Pflicht gegenüber Walter Lübcke. Sie bedeutet keine Abkehr von unseren Parteitagebeschlüssen und unserer inneren Überzeugung, dass wir mit Kräften, die unsere Gesellschaft umstürzen wollen, inhaltlich in keiner Weise zusammenarbeiten. Und das gilt links wie rechts!

MEHR FACHKRÄFTE IN DIE KITAS

Claudia Ravensburg, sozialpolitische Sprecherin

Wir freuen uns sehr, dass in Hessen die Kinderzahlen kontinuierlich steigen. Zeigt es doch auch, dass Hessen ein familienfreundliches Land ist. Die Schaffung von weiteren Betreuungsplätzen ist daher in allen Landesteilen geplant. Das Land unterstützt die Kommunen dabei mit einem eigenen Investitionsprogramm in Höhe von 142 Mio. Euro. Doch was bringen Kitaplätze, wenn es an Erzieherinnen und Erziehern fehlt? In den letzten Jahren haben wir gemeinsam mit den Trägern der Erzieherfachschulen die Schulplätze auf über 8400 Plätze verdoppelt. Darüber hinaus ermöglichen wir in 2020 und 2021 jeweils 600 jungen Menschen eine dualisierte praxisorientierte Ausbildung, wobei das Land in den Kitas die Anleitung übernimmt und die Vergütung zahlt.

Zudem haben wir im Rahmen der am 25. Juni verabschiedeten Novelle des Hes-

sischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes den Fachkräftecatalog moderat erweitert. So werden mit Inkrafttreten des Gesetzes Heilerziehungspfleger in allen Kitas als Fachkraft anerkannt und Sozialassistenten, Kinderpfleger und auch Personen mit fachfremden Abschlüssen zur Mitarbeit in den Gruppen zugelassen. Diese Kräfte müssen bereits Erfahrung in der Kinder- und Jugendarbeit haben und werden zu einer Fortbildung im Bereich frühkindliche Bildung verpflichtet.

So kann beispielsweise die Logopädin in Kitas mitarbeiten, die sich auf Sprachförderung spezialisiert haben oder der Waldpädagogin in Waldkitas sein Fachwissen in die Betreuung der Kinder einfließen lassen. Hierbei handelt es sich ausdrücklich um Einzelfälle, die vom Jugendamt genehmigt werden müssen und nur 15 % des Betreuungspersonals umfassen dür-

fen. Die Öffnung des Fachkräftecataloges soll auf keinen Fall die Qualität in unseren hessischen Kitas herabsetzen, sondern die Betreuung unserer Kinder viel mehr bereichern. Mit diesem Schritt folgen wir den Forderungen der Kindergartenträger, die in der Gesetzesanhörung im Mai unisono eine solche Öffnung gefordert haben.





◀ Leider greifen immer weniger Kinder und Jugendliche zum Buch. Dabei ist das Lesen von herausragender Bedeutung für den Spracherwerb. Daher freut es mich sehr, dass der Hessische Leseförderpreis auch in diesem Jahr ausgeschrieben wird. Er richtet sich an hessische Bibliotheken, Schulen, Vereine und andere gemeinnützige Einrichtungen, die im Zeitraum vom 01.09.2019 bis zum 31.08.2020 Leseförderprojekte für Kinder und Jugendliche organisiert und durchgeführt haben.

Mit dem Preis wird die besondere Bedeutung des Lesens und der Leseförderung deutlich gemacht und ich hoffe auf viele Bewerbungen. Weitere Informationen findet man unter: hessische-lesefoerderung.de/lesefoerderungpreis/ausschreibung

▶ Jüngst durfte ich in der Debatte um die Änderung des Landesaufnahmegesetzes und über das Landesaufnahmeprogramm für die CDU-Fraktion sprechen. Mir war es dabei wichtig zu betonen, dass wir mit dem Gesetzentwurf ein klares Signal an die Landkreise und kreisfreien Städte senden und die Herausforderung der Unterbringung von Flüchtlingen auch weiterhin gemeinschaftlich angehen werden. Die Novellierung des Landesaufnahmegesetzes schafft wichtige Planungssicherheit für Land und Kommunen und sorgt für faire Aufgaben- und aber vor allem Kostenteilung.

Im Hinblick auf das Landesaufnahmeprogramm habe ich klargemacht, dass es fest in unserem Koalitionsvertrag verankert ist. Wir sind in Hessen in den letzten Jahren unserer humanitären und christlichen Pflicht nachgekommen. Wir stehen aber auch dafür, dass man mit Bedacht und Verstand Flüchtlinge aufnimmt und nicht kopflos handelt. Daher halten wir es für notwendig, gemeinsam mit den anderen Bundesländern und dem Bund eine Lösung zu entwickeln und ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen.



◀ Gerade in diesen Tagen, in denen wir uns erfreulicherweise nach weiteren Lockerungen wieder mit mehreren Personen treffen dürfen, begegnen wir zwangsläufig vielen anderen Menschen. Doch die persönlichen Kontakte nachverfolgen zu können, ist nicht immer einfach. Daher gibt es jetzt

die Corona-App. Sie kann dabei helfen, die Pandemie unter Kontrolle zu halten, denn sie erkennt, wenn sich andere Menschen in unserer Nähe aufhalten, ohne dass Rückschlüsse auf konkrete Personen möglich sind oder auf persönliche Daten zugegriffen wird. Ich selber habe mir die Corona-App bereits heruntergeladen und ich würde mich freuen, wenn viele Menschen das auch tun und wir damit alle gemeinsam einen Beitrag leisten, Corona zu bekämpfen.

IMPRESSUM

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
 Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552
 E-Mail: cdu-fraktion@ltg.hessen.de
twitter.com/cdu_fraktion
facebook.com/cdufraktionhessen
www.instagram.com/cdufraktion

Ismail Tipi MdL

Wahlkreis Offenbach-Land II
 Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
 Tel.: 0611 - 350-710 | Fax: 0611 - 350-1710
i.tipi@ltg.hessen.de | www.ismail-tipi.de
 Fotos: Scarlett Rüger, Marius Schmitt, hessen.de
cdu.de, cduhessen.de, Privat